

Auszüge der Reaktionen zum Kompromiss der Pflegeberufereform

- **Dr. Falko Milski, Verband der Krankenhausdirektoren Deutschlands e.V. (VKD):** „Wir haben zum Beispiel auch bisher schon eine sehr gute Qualität der speziellen Ausbildung in der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege, die sich drei Jahre lang ausschließlich auf dieses Berufsbild konzentriert. Derzeit sehen wir noch nicht, wie diese Qualität in einer generalistischen Ausbildung gesichert bleiben kann.“ Bereits jetzt sei auch absehbar, dass die Kapazitäten für bestimmte Ausbildungsabschnitte nicht flächendeckend zur Verfügung stehen werden. "Das birgt die Gefahr, dass sich die Ausbildungszeit verlängert und der Fachkräftemangel eher verstärkt wird. Viele Führungskräfte in den Pflegeheimen sind nach wie vor sehr skeptisch, ob die neue Art der Ausbildung nicht vor allem den Krankenhäusern nutzen wird, für die Altenpflege aber möglicher Weise sogar die Situation im Personalbereich verschärft.“
- **Franz Hartinger, Vorsitzender der Fachgruppe Pflegeeinrichtungen im VKD:** „Die Personalsituation in der Altenpflege ist aus unserer Sicht noch deutlich schwieriger als in den Krankenhäusern. Wir befürchten, dass mit dem Gesetz die Ausbildungszahlen für die Altenpflege sogar absinken werden. Derzeit interessieren sich auch viele Hauptschüler für eine Altenpflegeausbildung, die sich vielleicht einer generalistischen, gemeinsamen Pflegeausbildung nicht immer gewachsen fühlen.“
- **Gesellschaft der Kinderkrankenhäuser und Kinderabteilungen in Deutschland (GKiND):** Es bleibt nach wie vor fraglich, ob diese Reform wirklich geeignet ist, die in den kommenden Jahren wachsende Lücke in der Pflege zu schließen. Sie betont auch nach dem Kompromiss: Um die Kinderkrankenpflege noch attraktiver zu machen, bedürfe es gerade nicht einer generalistischen Ausbildung, sondern einer noch besseren Spezialisierung und vor allem guter Arbeitsbedingungen in den Kliniken. Kinderärzte und Eltern befürchten einen Qualitätsverlust bei der Pflege kranker Kinder, wenn die generalistische Ausbildung aus überwiegend politischen Gründen vorangetrieben wird.
- **Bodo Keissner-Hesse, Vorstand Deutscher Berufsverband für Altenpflege e.V. (DBVA):** begrüßt die Tatsache, dass der Altenpflegeberuf erhalten bleiben soll. „Allerdings sind viele Fragen offen und es kann zu nicht überschaubaren Umsetzungsproblemen kommen. Daher müssen alle Expertinnen und Experten sowie Fachverbände ausreichend Zeit bekommen, den bislang noch nicht vorliegenden neuen Gesetzentwurf und die dazugehörigen Verordnungen zu prüfen. Der Teufel liegt häufig im Detail, deshalb ist es zwingend notwendig, dass die zuständigen Ministerien die entsprechende Verordnung, in der die konkrete Ausgestaltung der Ausbildungsinhalte und -abläufe und der Finanzierung festgelegt wird, vorlegen. Das neue Gesetz wird die pflegerische und medizinische Versorgung in Deutschland nachhaltig verändern. Die Verordnung zum Gesetz ist der entscheidende Schlüssel zur Zukunft. Das bisherige hohe Ausbildungsniveau in der heutigen Altenpflegeausbildung muß erhalten

bleibent. Dabei schafft es die Ausbildung mit ihrer an den Aufgabenbereichen ausgerichteten Qualifizierung auch Hauptschüler und Auszubildende mit Migrationshintergrund mitzunehmen. Wir dürfen diese beiden Auszubildenden-Gruppen nicht verlieren, denn sonst wird der Fachkräftemangel weiter verschärft.“

- **Prof. Christel Bienstein, Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK):** betrachtet den Kompromiss zur Pflegebildungsreform als Einstieg in die Generalistik, bisher aber noch mit vielen Unbekannten. „Es stellen sich bezüglich der Umsetzung dieses Modells viele Fragen zu den Details, beispielsweise der Regelung des Ausbildungsvertrages. All das wird noch spannend. Bei der Überarbeitung des Gesetzentwurfes kommt es darauf an, keine Schlupflöcher zuzulassen, die die Absicht der Reform unterlaufen. Es gibt wohl auch die Vorstellung, dass Schüler/-innen die Ausbildung nach zwei Jahren beenden und damit eine Assistenzqualifikation erreichen. Das ist weder fachlich noch berufspädagogisch sinnvoll machbar und - so unsere feste Überzeugung - verfassungsrechtlich nicht zulässig.“
- **Thomas Knieling, Bundesgeschäftsführer des Verbands Deutscher Alten- und Behindertenhilfe e.V. (VDAB):** „Es ist natürlich erleichternd, dass sich unser Einsatz für den Erhalt des Altenpflegeberufs ausgezahlt hat und Altenpflege zunächst nicht zugunsten einer generalistischen Ausbildung abgeschafft werden soll. Das ist vor allem der verantwortungsvollen Haltung in der CDU/CSU-Fraktion zu verdanken. Es darf aber keinen Kompromiss als Selbstzweck geben. Deshalb muss die Forderung zwingend aufrecht erhalten bleiben, dass vor der gesetzlichen Einführung einer neuen Ausbildung Struktur, Inhalt und Finanzierung klar sein müssen.“
- **bpa-Präsident Bernd Meurer:** „Die Generalistik kommt nicht allein. Die Altenpflege bleibt mit einem eigenständigen Abschluss zumindest im Spiel. Wir haben deutlich auf die Notwendigkeit des Erhalts der eigenständigen Altenpflegeausbildung hingewiesen. Ob der Kompromiss überhaupt umsetzbar und durchsetzungsfähig ist, werden das Gesetz und die dazu gehörenden Ausbildungs- und Finanzierungsverordnung zeigen. Denn noch ist u.a. nicht klar, wie der Wechsel zwischen den Trägern der Ausbildung organisiert werden soll, wenn sich die Auszubildenden nach zwei Jahren für einen anderen Abschluss entscheiden. Jetzt kommt es auf die Details – vor allem in der Ausbildungsverordnung – an.“
- **Thomas Greiner, Präsident des Arbeitgeberverbandes Pflege:** "Die verbindlich vorgeschriebene generalistische Ausbildung für alle Pflege-Azubis ist am geballten Widerstand der Praktiker der Altenpflege gescheitert. Nach einem unvorstellbaren Gewürge gibt es jetzt einen Kompromiss von Union und SPD. Unsere Befürchtung bleibt: Dank dieses bürokratischen Kuddelmuddels werden Unternehmen weniger ausbilden. Viele Hauptschüler werden von zu viel Theorie abgeschreckt werden. Die alten Menschen und die Altenpflege werden zum Opfer dieser Reform."